Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

15 Goldpfennig = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag, 13. März 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Dönhoff 2760—68. Telegr.-Adr. Deutsche Allgemeine Zeitung Berlin. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis wöchentlich 1,25 Goldmark.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 48, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Bezahlung. Anzeigenpreis 0,30 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Beilagenanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

13 a Nr. 124 Ausgabe A 63. Jahrgang.

ZETGE-WERKE
DAS SIEGGEWOHNTE
KRAFTRAD
MOYS-GORLITZ

Die Politik Dr. v. Kahrs.

München, 13. 3.

Zu Beginn der Sitzung verliest der Vorsitzende einen Brief eines Herrn Georg Thiel aus Ulm, der angeblich die neuerliche Behauptung des Justizrats Schamm Stellung nimmt, daß nämlich der Briefschreiber nach einer Unterredung mit Kahr in Ulm öffentlich über den Marsch nach Berlin gesprochen habe. Der Briefschreiber erklärt, er habe zu Herrn v. Kahr gesprochen. Auch die sonstige Darstellung des Verfassers sei sehr schief.

Hierauf wird in der Berichtnahme Herrn v. Kahrs fortgefahren. Reichsanwalt Gademann erbittet Aufschluß darüber, ob Kahr die Verbände um die Mitarbeit nur eingeladen habe, um die nationale Diktatur auszubinden; haben Sie dabei auch erklärt, daß die Regierung Stresemann nicht national genug sei? Kahr: Von der Regierung Stresemann habe ich überhaupt nicht gesprochen.

R.A. Gademann: Haben Sie Ludendorff vielleicht nur gesagt, daß der „Kampfbund" nicht ausschließlich gegen nach von Hitler und dem „Kampfbund" gesprochen. R.A. Gademann: Haben Sie nach dem „Putsch" gesprochen? Kahr: Das glaube ich nicht, da der „Putsch" gewisse Pläne zurückgestellt hatte, nachdem er gescheitert worden war.

Der Weg zum Direktorium.

R.A. Gademann: Sie haben doch aber davon gesprochen, daß der normale Weg beschritten werden sollte und daß darum Vorbereitungen getroffen seien? Kahr: Ich habe mich ganz allgemein von Vorbereitungen gesprochen.

R.A. Gademann: Es sollte aber nach einem genau ausgearbeiteten Plan vorgegangen werden. Vors.: Alle Ihre Fragen sind bisher überflüssig, da Sie alle schon einmal gestellt worden sind. R.A. Gademann: Sie haben von Verbindungen für weitere Fragen vorgesehen, gliederten die Vorbereitungen in zwei Gruppen. Ist davon gesprochen worden, daß es sich um ein konsequentes Vorgehen handeln müsse? Meine Frage gründet sich auf das Stiftungsfestvorgehen.

Kahr: **Das Vorgehen für das Direktorium war natürlich von mehreren Seiten vorbereitet.**

R.A. Gademann: Haben Sie mit den Nordbeutschland mit den vaterländischen Verbänden verhandelt und von der Reichswehr in Nordbayern und Nordwürttemberg unterstützt worden ist, daß auf die vorgesehenen Verbände nicht geschossen werden solle? Kahr: Das kann ich nicht wissen.

R.A. Gademann: Was verstanden Sie darunter, daß ein anderer Verband „vorpreschte"?

Kahr: Für mich handelte es sich darum, daß nicht einzelne Verbände Vorteilen beginnen.

R.A. Gademann: Sie dachten bei dem Druck auf Berlin an die Aktion der Kampfverbände usw. Vorpreschen ist aber das zu trübe Vorgehen von Verbänden, die mit Bundesmitteln oder Industrie nichts zu tun haben. Wie erklärt man das? Kahr: Ich wollte gegen die Pläne des Verbandes Teilung nehmen und andeuten, daß eine nationale Sache im Gange ist.

R.A. Gademann: Haben Sie General von der Lettow am 22. Oktober im Vertrauenskommando Mitteilung erhalten, in der es sich um die Inaktivhaltung der Truppen handelte? Kahr: Nein.

R.A. Gademann: Wissen Erzellenz etwas von der Sitzung am 24. Oktober, in der Vertreter der vaterländischen Verbände einzelnen Einmarsch der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen als Vorbedingungen in Frage ganz richtig aufgestellt haben.

In ganz Deutschland verworfen hat? Kahr: Jungen, und habe deshalb abgestellt.

Der Lossow wusste. Kahr: Ich kann darüber keine Auskunft geben, ich bin über Einzelheiten nicht im Bild.

R.A. Gademann: Hat General v. Lossow am 6. November nicht davon gesprochen, daß eine plötzliche Kopfbewegung nicht beabsichtigt sei, weil alles vorbereitet wäre? Kahr: Ich kann mich dessen nicht erinnern.

R.A. Gademann: **Das heißt aber im Zusammenhang dieser Sitzung, Lossow hat dort auch gesagt, er wolle ja selbst nach Berlin marschieren, er mache jedoch Stabilisierung mit, wenn die Sache Aussicht auf Erfolg habe.**

Kahr: **Es ist ausgeschlossen, daß Lossow von einem Marsch nach Berlin gesprochen hat, weil er sich darüber klar war, daß das ein Unding sei.**

R.A. Gademann: Haben Sie Erzellenz nicht gesagt: „Erst wenn alles bereit ist, beginnt die Aktion, den Befehl dazu habe ich." Kahr: Ich habe erklärt, daß ich als Inhaber der vollziehenden Gewalt die Befehle gebe, daß die Führer der Verbände bei einem Einmarsch der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen als Vollstreckungen in Frage ganz richtig aufgestellt haben.

Kahr: Es ist ausgeschlossen, daß Lossow von einem Marsch nach Berlin gesprochen hat, weil er sich darüber klar war, daß das ein Unding sei.

R.A. Gademann: Haben Sie Erzellenz nicht gesagt: „Erst wenn alles bereit ist, beginnt die Aktion, den Befehl dazu habe ich." Kahr: Ich habe erklärt, daß ich als Inhaber der vollziehenden Gewalt die Befehle gebe, daß die Führer der Verbände bei einem Einmarsch der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen als Vollstreckungen in Frage ganz richtig aufgestellt haben.

Wir waren und darüber klar, daß die Herren der Verbände unsere Stellungnahme auch vorn Ihnen kennen.

R.A. Gademann: „Wenn die drei Herren von Anfang an die Absicht hatten, Komödie zu spielen, wenn sie sich von Ihnen sofort hätten lassen. Es bestand doch die Gefahr, daß die ingeschlossen gestoßen wurden. Kahr: Ich habe mich mit Hitler und Ludendorff, daß wir durch eine polizeiliche Aktion bekämpft würden. Erst als ich erkannt, daß das nicht zu erwarten war, kam es zu den weiteren Dingen."

„Vormarsch" oder „Druck".

Oberleutnant Kriebel: „Worin für Erzellenz Lossow der Sinn und tiefere Wirkung des Wort des Prof. Bauer „Auf nach Berlin" in ganz Deutschland hervorgerufen hat. Kahr: Wir mußten Lossow die Gefahr dieses Wort in unmittelbar kritischen Zeiten nicht ganz glücklich.

Oberleutnant Kriebel: „Was hat den Hauptmann Heiß, der in Augsburg gesagt hat, es müsse in Berlin mit bayerischen Kaution Ordnung geschaffen werden, und daß ein Marsch mit Gewalt nicht in Aussicht stände? Hauptmann Heiß hat nämlich seinen Auftritt aus dem Generalstabskommissariat mitgeteilt worden sei, der Marsch nach Berlin ist nicht mehr zu erwarten." Kahr: Davon weiß ich nichts.

Oberleutnant Kriebel: „Ist Kapitän Ehrhardt mit dem „Wiking-Bund" nicht beabsichtigt worden, weil er seine Organisation nicht aus als Vorbereitung für einen Vormarsch bezeichnet? Kahr: Ich habe von verschiedenen Bestrebungen Ehrhardts Kenntnis erhalten, die über das hinausgingen und habe das deshalb abgestellt.

Oberleutnant Kriebel: „Sind nicht im Bunde Bayern und Berlin" und in anderen Verbänden bereits die Vorbereitungen für den Marsch nach Berlin getroffen worden?" Kahr: „Das ist mir nicht bekannt."

Oberleutnant Kriebel: „Erzellenz haben doch aber angegeben, daß Sie Kenntnis von der Rede des Barons v. Aufseß hatten." Kahr: „Davon habe ich erst eine ganze Zeit nach dem 8. November erfahren."

Oberleutnant Kriebel: „Wurden Erzellenz nicht, daß überall in den vaterländischen Verbänden, in der Reichswehr und in der Polizei von dem Marsch nach Berlin gesprochen wurde?" Kahr: „Ich habe wohl davon gehört, ich wußte, daß das ein Plan Hitlers war, aber ich war immer dagegen."

Oberleutnant Kriebel (sehr erregt): **Warum haben Erzellenz in der Sitzung am 6. November uns nicht offen erklärt: Meine Herren, der Marsch nach Berlin ist ein Unsinn und ein Verbrechen, er führt zu einem zweiten Krieg 1866, er bringt uns die Franzosen, Polen und Tschechen und faßt die nordbeutsche Reichswehr gegen uns marschieren. Warum sind Sie gegenüber nicht offen gewesen? Warum haben Sie uns in uns unklaren gelassen?**

Kahr: **Ich ging nur davon aus, daß es sich um ein Vorgehen in Thüringen und Sachsen handelte. Wenn die Herren einen anderen Plan gehabt haben, so bestand so Gelegenheit genug, sich im Generalstabskommissariat zu erkundigen. Denn wäre Ihnen klipp und klar gesagt worden, daß es Unsinn wäre.**

Oberleutnant Kriebel: Das Wort Lossows vom Staatsstreich hat bei uns wie eine Bombe im Pulverfaß gewirkt. Warum haben Erzellenz nicht klar gesagt, daß unser dieses Wort „Lossow" gebrauchen? Kahr: Ich habe mit Lossow und Seisser den Plan vorgenommen. Vors.: Alle Ihre Fragen sind bisher überflüssig, da sie alle schon einmal gestellt worden sind. R.A. Gademann: Sie haben mit Verbänden für weitere Fragen vorgesehen, gliederten die Vorbereitungen in zwei Gruppen. Ist davon gesprochen worden, daß es sich um ein konsequentes Vorgehen handeln müsse? Meine Frage gründet sich auf das Stiftungsfestvorgehen.

Kahr: **Das Vorgehen für das Direktorium war natürlich von mehreren Seiten vorbereitet.**

R.A. Gademann: Die Verbindungen in Nordbeutschland mit den vaterländischen Verbänden verhandelt und von der Reichswehr in Nordbayern und Nordwürttemberg unterstützt worden ist, daß auf die vorgesehenen Verbände nicht geschossen werden solle? Kahr: Das kann ich nicht wissen.

R.A. Gademann: Was verstanden Sie darunter, daß ein anderer Verband „vorpreschte"?

Kahr: Für mich handelte es sich darum, daß nicht einzelne Verbände Vorteilen beginnen.

R.A. Gademann: Sie dachten bei dem Druck auf Berlin an die Aktion der Kampfverbände usw. Vorpreschen ist aber das zu trübe Vorgehen von Verbänden, die mit Bundesmitteln oder Industrie nichts zu tun haben. Wie erklärt man das? Kahr: Ich wollte gegen die Pläne des Verbandes Teilung nehmen und andeuten, daß eine nationale Sache im Gange ist.

R.A. Gademann: Haben Sie Erzellenz von der Sitzung am 22. Oktober im Vertrauenskommando Mitteilung erhalten, in der es sich um die Inaktivhaltung der Truppen handelte? Kahr: Nein.

R.A. Gademann: Wissen Erzellenz etwas von der Sitzung am 24. Oktober, in der Vertreter der vaterländischen Verbände einzelnen Einmarsch der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen als Vorbedingungen in Frage ganz richtig aufgestellt haben.

In ganz Deutschland verworfen hat? Kahr: Jungen, und habe deshalb abgestellt.

Der Lossow wusste. Kahr: Ich kann darüber keine Auskunft geben, ich bin über Einzelheiten nicht im Bild.

R.A. Gademann: Hat General v. Lossow am 6. November nicht davon gesprochen, daß eine plötzliche Kopfbewegung nicht beabsichtigt sei, weil alles vorbereitet wäre? Kahr: Ich kann mich dessen nicht erinnern.

R.A. Gademann: **Das heißt aber im Zusammenhang dieser Sitzung, Lossow hat dort auch gesagt, er wolle ja selbst nach Berlin marschieren, er mache jedoch Stabilisierung mit, wenn die Sache Aussicht auf Erfolg habe.**

Kahr: **Es ist ausgeschlossen, daß Lossow von einem Marsch nach Berlin gesprochen hat, weil er sich darüber klar war, daß das ein Unding sei.**

R.A. Gademann: Haben Sie Erzellenz nicht gesagt: „Erst wenn alles bereit ist, beginnt die Aktion, den Befehl dazu habe ich." Kahr: Ich habe erklärt, daß ich als Inhaber der vollziehenden Gewalt die Befehle gebe, daß die Führer der Verbände bei einem Einmarsch der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen als Vollstreckungen in Frage ganz richtig aufgestellt haben.

Wir waren und darüber klar, daß die Herren der Verbände unsere Stellungnahme auch von Ihnen kennen.

R.A. Gademann: „Wenn die drei Herren von Anfang an die Absicht hatten, Komödie zu spielen, wenn sie sich von Ihnen sofort hätten lassen. Es bestand doch die Gefahr, daß die ingeschlossen gestoßen wurden. Kahr: Ich habe mich mit Hitler und Ludendorff, daß wir durch eine polizeiliche Aktion bekämpft würden. Erst als ich erkannt, daß das nicht zu erwarten war, kam es zu den weiteren Dingen."

„Vormarsch" oder „Druck".

Oberleutnant Kriebel: „Worin für Erzellenz Lossow der Sinn und tiefere Wirkung des Wort des Prof. Bauer „Auf nach Berlin" in ganz Deutschland hervorgerufen hat. Kahr: Wir mußten Lossow die Gefahr dieses Wort in unmittelbar kritischen Zeiten nicht ganz glücklich.

Oberleutnant Kriebel: „Was hat den Hauptmann Heiß, der in Augsburg gesagt hat, es müsse in Berlin mit bayerischen Kaution Ordnung geschaffen werden, daß ein Marsch mit Gewalt nicht in Aussicht stände? Hauptmann Heiß hat nämlich seinen Auftritt aus dem Generalstabskommissariat mitgeteilt worden sei, der Marsch nach Berlin ist nicht mehr zu erwarten." Kahr: Davon weiß ich nichts.

Oberleutnant Kriebel: „Ist Kapitän Ehrhardt mit dem „Wiking-Bund" nicht beabsichtigt worden, weil er seine Organisation nicht aus als Vorbereitung für einen Vormarsch bezeichnet? Kahr: Ich habe von verschiedenen Bestrebungen Ehrhardts Kenntnis erhalten, die über das hinausgingen und habe das deshalb abgestellt."

Berliner Kurse vom 13. 3.:

Dollar: unverändert, Zuteilung 1%
Pfund: **ℳ 18,15 Bill.**, Zuteilung 2%

Oberleutnant Kriebel: „Sind nicht im Bunde Bayern und Berlin" und in anderen Verbänden bereits die Vorbereitungen für den Marsch nach Berlin getroffen worden?" Kahr: „Das ist mir nicht bekannt."

Oberleutnant Kriebel: „Erzellenz haben doch aber angegeben, daß Sie Kenntnis von der Rede des Barons v. Aufseß hatten." Kahr: „Davon habe ich erst eine ganze Zeit nach dem 8. November erfahren."

Oberleutnant Kriebel: „Wurden Erzellenz nicht, daß überall in den vaterländischen Verbänden, in der Reichswehr und in der Polizei von dem Marsch nach Berlin gesprochen wurde?" Kahr: „Ich habe wohl davon gehört, ich wußte, daß das ein Plan Hitlers war, aber ich war immer dagegen."

Oberleutnant Kriebel (sehr erregt): **Warum haben Erzellenz in der Sitzung am 6. November uns nicht offen erklärt: Meine Herren, der Marsch nach Berlin ist ein Unsinn und ein Verbrechen, er führt zu einem zweiten Krieg 1866, er bringt uns die Franzosen, Polen und Tschechen und faßt die nordbeutsche Reichswehr gegen uns marschieren. Warum sind Sie gegenüber nicht offen gewesen? Warum haben Sie uns in uns unklaren gelassen?**

Kahr: **Ich ging nur davon aus, daß es sich um ein Vorgehen in Thüringen und Sachsen handelte. Wenn die Herren einen anderen Plan gehabt haben, so bestand so Gelegenheit genug, sich im Generalstabskommissariat zu erkundigen. Denn wäre Ihnen klipp und klar gesagt worden, daß es Unsinn wäre.**

Oberleutnant Kriebel: Das Wort Lossows vom Staatsstreich hat bei uns wie eine Bombe im Pulverfaß gewirkt. Warum haben Erzellenz nicht klar gesagt, daß unser dieses Wort „Lossow" gebrauchen? Kahr: Ich habe mit Lossow und Seisser den Plan vorgenommen. Vors.: Alle Ihre Fragen sind bisher überflüssig, da sie alle schon einmal gestellt worden sind. R.A. Gademann: Sie haben mit Verbänden für weitere Fragen vorgesehen, gliederten die Vorbereitungen in zwei Gruppen. Ist davon gesprochen worden, daß es sich um ein konsequentes Vorgehen handeln müsse? Meine Frage gründet sich auf das Stiftungsfestvorgehen.

Kahr: **Das Vorgehen für das Direktorium war natürlich von mehreren Seiten vorbereitet.**

R.A. Gademann: Die Verbindungen in Nordbeutschland mit den vaterländischen Verbänden verhandelt und von der Reichswehr in Nordbayern und Nordwürttemberg unterstützt worden ist, daß auf die vorgesehenen Verbände nicht geschossen werden solle? Kahr: Das kann ich nicht wissen.

R.A. Gademann: Was verstanden Sie darunter, daß ein anderer Verband „vorpreschte"?

Kahr: Für mich handelte es sich darum, daß nicht einzelne Verbände Vorteilen beginnen.

R.A. Gademann: Sie dachten bei dem Druck auf Berlin an die Aktion der Kampfverbände usw. Vorpreschen ist aber das zu trübe Vorgehen von Verbänden, die mit Bundesmitteln oder Industrie nichts zu tun haben. Wie erklärt man das? Kahr: Ich wollte gegen die Pläne des Verbandes Teilung nehmen und andeuten, daß eine nationale Sache im Gange ist.

R.A. Gademann: Haben Sie Erzellenz von der Sitzung am 22. Oktober im Vertrauenskommando Mitteilung erhalten, in der es sich um die Inaktivhaltung der Truppen handelte? Kahr: Nein.

R.A. Gademann: Wissen Erzellenz etwas von der Sitzung am 24. Oktober, in der Vertreter der vaterländischen Verbände einzelnen Einmarsch der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen als Vorbedingungen in Frage ganz richtig aufgestellt haben.

In ganz Deutschland verworfen hat? Kahr: Jungen, und habe deshalb abgestellt.

Der Lossow wusste. Kahr: Ich kann darüber keine Auskunft geben, ich bin über Einzelheiten nicht im Bild.

R.A. Gademann: Hat General v. Lossow am 6. November nicht davon gesprochen, daß eine plötzliche Kopfbewegung nicht beabsichtigt sei, weil alles vorbereitet wäre? Kahr: Ich kann mich dessen nicht erinnern.

R.A. Gademann: **Das heißt aber im Zusammenhang dieser Sitzung, Lossow hat dort auch gesagt, er wolle ja selbst nach Berlin marschieren, er mache jedoch Stabilisierung mit, wenn die Sache Aussicht auf Erfolg habe.**

Kahr: **Es ist ausgeschlossen, daß Lossow von einem Marsch nach Berlin gesprochen hat, weil er sich darüber klar war, daß das ein Unding sei.**

R.A. Gademann: Haben Sie Erzellenz nicht gesagt: „Erst wenn alles bereit ist, beginnt die Aktion, den Befehl dazu habe ich." Kahr: Ich habe erklärt, daß ich als Inhaber der vollziehenden Gewalt die Befehle gebe, daß die Führer der Verbände bei einem Einmarsch der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen als Vollstreckungen in Frage ganz richtig aufgestellt haben.

Wir waren und darüber klar, daß die Herren der Verbände unsere Stellungnahme auch von Ihnen kennen.

R.A. Gademann: „Wenn die drei Herren von Anfang an die Absicht hatten, Komödie zu spielen, wenn sie sich von Ihnen sofort hätten lassen. Es bestand doch die Gefahr, daß die ingeschlossen gestoßen wurden. Kahr: Ich habe mich mit Hitler und Ludendorff, daß wir durch eine polizeiliche Aktion bekämpft würden. Erst als ich erkannt, daß das nicht zu erwarten war, kam es zu den weiteren Dingen."

„Vormarsch" oder „Druck".

Oberleutnant Kriebel: „Worin für Erzellenz Lossow der Sinn und tiefere Wirkung des Wort des Prof. Bauer „Auf nach Berlin" in ganz Deutschland hervorgerufen hat. Kahr: Wir mußten Lossow die Gefahr dieses Wort in unmittelbar kritischen Zeiten nicht ganz glücklich.

Oberleutnant Kriebel: „Was hat den Hauptmann Heiß, der in Augsburg gesagt hat, es müsse in Berlin mit bayerischen Kaution Ordnung geschaffen werden, daß ein Marsch mit Gewalt nicht in Aussicht stände? Hauptmann Heiß hat nämlich seinen Auftritt aus dem Generalstabskommissariat mitgeteilt worden sei, der Marsch nach Berlin ist nicht mehr zu erwarten." Kahr: Davon weiß ich nichts.

Oberleutnant Kriebel: „Ist Kapitän Ehrhardt mit dem „Wiking-Bund" nicht beabsichtigt worden, weil er seine Organisation nicht aus als Vorbereitung für einen Vormarsch bezeichnet? Kahr: Ich habe von verschiedenen Bestrebungen Ehrhardts Kenntnis erhalten, die über das hinausgingen und habe das deshalb abgestellt."

Deutscher Industrie- und Handelstag.

Ansprache des Reichskanzlers

Zu großen Sitzungssale des Reichswirtschaftsrates trat Donnerstag vormittag unter zahlreicher Beteiligung von Kreisen der Industrie und des Handels aus allen Teilen des Reiches der Deutsche Industrie- und Handelstag zu seiner 43. Vollversammlung zusammen. Reichskanzler Marx, Finanzminister Dr. Luther, Ernährungsminister Graf Kanitz, Verkehrsminister Oeser, Wirtschaftsminister Damm und Vertreter aller Ministerien, des Reichsrats, des Reichsrats, des Landtags, der Länder und der Berliner Behörden waren erschienen.

Präsident Franz v. Mendelssohn betonte in seiner Begrüßungsrede, der Rhein- und Ruhrkampf habe zwar das Reich an den Rand des Abgrundes gebracht, aber zum ersten Male sei wieder die Welt eines echten nationalen Empfindens durch unser Volk gegangen, und der Druck des ungeheuren Elends des letzten Jahres habe, wenn nicht alles trüge, in weiten Kreisen unseres Volkes eine innere Umstellung zu den großen Problemen der Wirtschaft bewirkt. Auch dort erkenne man jetzt, daß wir uns nur durch größte Mühe von Arbeitsleistung wieder hinaufarbeiten können. Der Redner begrüßte dann die Ehrengäste.

Darauf ergriff das Wort

Reichskanzler Dr. Marx:

Die Reichsregierung ist sich wohlbewußt, wie wertvoll die Mitarbeit der Wirtschaft bei der Lösung der großen Aufgaben ist. Jetzt gilt es, nach Jahren schwerer Erschütterung aller Grundlagen nationaler Wohlfahrt, zu stabilieren Wirtschaftsverhältnissen zu gelangen, um tragbare Grundlagen für die Gesundung der Wirtschaft und damit der Nation zu schaffen. Wir stehen erst am Anfang des dornenvollen Weges, der zur Freiheit des deutschen Volkes führen soll. Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es, alle die reichen Kräfte des Volkes zusammenzufassen zu einer

wahren Volksgemeinschaft.

Von seiten der Staatsfinanzen allein kann eine Gesundung nicht erfolgen. Notwendig ist auch eine gesteigerte Produktion der Wirtschaft und die Wiederherstellung normaler Verhältnisse. Unerhörte Steuerlasten müssen den deutschen Volke auferlegt werden. Der Reichshaushalt muß ins Gleichgewicht gebracht werden, damit die Währung nicht fortschreiten wird, denn sonst wäre das deutsche Volk verloren. Noch weitere schwere Opfer stehen uns bevor: Opfer in der Reparationsfrage. Von außen ist eine Besserung erst zu erwarten, wenn sich endlich die schwere Wunde im Westen schließt, damit nicht Tag für Tag wertvolles deutsches Lebensblut aus dem deutschen Wirtschaftskörper fließt. Die Reparationen müssen festgesetzt und die wirtschaftlichen Hemmungen für die deutsche industrielle Tätigkeit im Auslande beseitigt werden.

Im Innern müsse uns beherrschen der unbeirrbare Glaube an die Zukunft des deutschen Volkes. Wir müssen die einen foshlbarten Willen zeigen und einmütig in allen Stämmen, Parteien und Berufsschichten sein. Wir müssen dem Auslande das Bild eines einigen und von seiner Weltgeschichte starken und großen Volkes bieten. In allem Druck von außen dürfen wir uns nicht im Innern in isolierten Zwistigkeiten zersplittern. Wir brauchen den

Frieden der Arbeit,

nicht den Machtfrieden der Unterdrückung des einen durch den anderen, sondern den inneren Frieden der verständnisvollen Zusammenarbeit. Wir müssen Achtung zeigen vor dem Lebenswert jedes Menschen. Erfüllen wir die Welt der Materie wieder mit neuem Geist, suchen wir zusammen, ein Volk, ein Geist, ein Wille, dann dürfen wir gewiß allem Kommenden entgegensehen. (Lebhafter Beifall.)

(Siehe auch Seite 4.)

Die letzte Reichstagssitzung.

Der Reichstag berät heute seine letzte Tagesordnung, ehe es ans Scheiden geht. Im Laufe der parlamentarischen Spielsaison von Rekordlänge — es sind nicht weniger als acht große Seiten — ist der unerlässliche Rest des Arbeitspensums zusammengeschlagen. Als der Präsident um 12 Uhr die Sitzung eintonnte, ist der Saal fast ganz leer. Dagegen frischbelebt es im Restaurant und in der Wandelhalle von den Reichsfreuden, die man heute zu den berühmten Zwischenstundenpreisen nach einmal aufbieten musste, damit das Reichspostfinanzgesetz unter Dach kommt. Die Minister sind gelegentlich im Saale anwesend. Auf der Tribüne ist bereits der Stenographische Dienst wieder eingetroffen, der bei keiner historischen Sitzung fehlen darf.

Bei der zweiten Beratung des Gesetzes über die Gesandtschaften in Rom, Wien und Budapest entspinnt sich eine Debatte. Nachdem der Abgeordnete Dr. Rieser (D. Vp.) über die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses berichtet hat, wird Reichsministerialdirektor Hamm nochmals darauf hin, daß es sich nicht um eine Wiederaufnahme handelt, sondern um eine Rechts- und Tatsachenfrage, deren Zweck der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft zugute kommen soll. Der die Rentenmark schützen will, muß die Geldwirtschaft wieder in Ordnung bringen.

Abg. Helfferich (D. Nat.) beantragt, in § 1 die Bestimmung zu streichen, daß die Bank die Beiträge hat, auf Wunsch Reichsbank-Noten bis zum Gesamtbetrage bis zu 5 Mill. Mk Stück auszugeben. Ferner solle die Bank Vorgänger der Bank der Deutschen Reichsbahn Gesellschaft liegen. Der Antragsteller bemängelt die allzu große Elastizität, mit der ein so weitreichendes Gesetz verabschiedet werden soll. Auf Recht der Notenausgabe, das man der neuen Bank geben wolle, sei ein Stein des Anstoßes.

Abg. Hilferding (Soz.) bedauert, daß trotz des Widerspruchs der Sachverständigen so eine Eile geboten sei. Es handle sich um eine Frage, die nicht ausgereift sei. Es gebe keine Gewähr, daß die Bank nicht zu Spekulationen mißbraucht werden könne. Es bestehe die Gefahr, daß die Bank Spekulationen mit Devisen treiben und die Reichsbank zwingen, ihr Gold zu verkaufen

mächte bei den kleinen Völkern des Ostens einen tüchtigen Stoß. Der französische Kommissar im Memelland ließ eine freie Volksbefragung über den deutschen Schreib- und Lesenunterricht vornehmen, weil er darin eine Grundlage für die Bestrebungsbildung des Freistaatgebietes unter polnischem direkten Einfluß erhoffte, und 98,2% der Bevölkerung brachen sich für den deutschen Schulunterricht aus. Die Forderungen Polens laufen heute darauf hinaus, sich einen zweiten militärischen Stützpunkt an der Ostsee, einen zweiten „polnischen Korridor" zu schaffen. Die Interessen des Memellandes, Deutschlands und Litauens laufen parallel, solange es darauf ankommt, sich zu verbinden. Leider ist aber einerseits durch die Schwäche der deutschen amtlichen Politik, andererseits durch den überschäumenden Chauvinismus und die dummdreiste Brutalität der Litauer gegenüber den Deutschen das Memellandes eine Situation geschaffen worden, die eine Unterstützung der litauischen Abwehr gegen polnische Vergewaltigungsbestrebungen erschwert. Man kann nur hoffen, daß die einzige erfolgreiche Gefahr für den jungen litauischen Staat wie in der Geschichte so auch heute bei Polen liegt, das die Litauer mit Recht als verfeindet und national aufsaugend sucht. Man täuschte sich in Kowno nicht darüber, daß Deutschland, wie sehr es an sich auf ein gutes Verhältnis zu Litauen Wert legt, nicht dulden wird, daß das Memelland national vergewaltigt und moralisch korrumpiert werde. Die Machthaber in Genf aber, denen ja die Verhältnisse im Nordosten zumeist ein Buch mit sieben Siegeln sind, hätten Gelegenheit, in diesem Falle besonders krasse Wahnwitzige Folgen des Versailler Diktates zu erkennen. Bei Zuwahl und im Gebiete von Wilna werden große militärische Vorbereitungen der Polen getroffen. Litauen ist feinerseits genötigt, kriegerisch zu rüsten. Es gibt keinen Frieden auch im Osten, solange die tollen Bestimmungen des Versailler Instrumentes in Geltung sind. Das Allerwenigste, was Deutschland in diesem Punkte, an dem es in allererster Reihe interessiert ist, verlangen kann, ist völlige Autonomie des Memellandes, Selbstverwaltung durch Vertreter der einheimischen Bevölkerung, absolute Sicherung der Sprachenfreiheit, Gleichberechtigung im Polen, wie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Die starke nationale Welle, die durch das deutsche Volk geht, könnte, wenn die Rechtslosigkeit und Vergewaltigung des Memellandes andauert, die unnatürliche Grenze durchbrechen, die gezogen worden ist, um einen Zwischenfall für die Beteiligung der lebenswichtigen Interessen der Westmächte und ihrer Schützlinge in der Nordwestecke Deutschlands zu schaffen.

Dr. F. K.

Deutsche Kriegergräber in England.

ek. **Hanau**, 12. 3. (Eigenbericht) Bei einer auf dem Hanauer Friedhof vorgenommenen Ausgrabung der Leiche eines englischen Kriegsgefangenen, die auf dem englischen Sammelfriedhof in Niederwerbeln bei Cassel beigesetzt worden ist, erklärte der Leiter der englischen Ausgrabungskommission, daß nach Erhebungen der Ausgrabungen in Deutschland alle in England beerdigten deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten wieder ausgegraben und auf einem deutschen Sammelfriedhof in England beigesetzt werden müßten.

Das neue Kabinett in Griechenland.

Athen, 13. 3. Das neue Kabinett ist endgültig gebildet. Die Minister haben den Eid abgelegt und das Kabinett wird sich am 17. d. M. der Nationalversammlung vorstellen.

Korfu, 13. 3. (E. U.) Venizelos und seine Gattin sind gestern auf dem Wege nach Paris hier durchgekommen. Der frühere Premierminister will Anfangs April Athen verlassen. Er sind in einer sehr kritischen Lage sich befinde. Venizelos wäre sehr niedergeschlagen gewesen und äußerte kein Hehl darauf.

Oesterreichs Sanierung.

Kbg. **Wien**, 12. 3. (Eigenbericht) Bundeskanzler Dr. Seipel hat heute in einer Versammlung auf Grund einer Depesche aus Genf Mitteilungen über das bisherige Ergebnis der Völkerbundsberatungen über Oesterreich gemacht. Der Kanzler knüpfte daran die Mahnung, daß mit allem Ernst auf den vorangeschlagenen Wege in Oesterreich weiter gearbeitet werden müsse, um das Ausland von dem ernsten Sanierungswillen zu überzeugen. Man gestaltet noch den Bericht vorliegenden Meldungen den Eindruck, daß die Stellung Dr. Zimmermanns in Genf eine Besserung erfahren hat und sein Verbleiben in Oesterreich über das Jahr 1924 wahrscheinlich ist.

Morgan-Anleihe für Frankreich?

„New York Times" berichtet Einzelheiten.

A. **London**, 13. 3. (Eigenbericht.) Zu den Gerüchten über eine französische Anleihe durch Morgan weiß die New Yorker „Times" nunmehr schon Einzelheiten zu berichten. Danach beträgt die Anleihe 100 Millionen Dollar, die auf nicht mehr als 4 Jahre gegeben wird. Der Zinsfuß wird nötigenfalls voll in Gold nach Frankreich verschifft werden. Die Pariser Regierung übernimmt die Verpflichtung, bis zur Besserung der Finanzlage in Frankreich keinerlei neue Verpflichtungen einzugehen. Ausgenommen hiervon sind lediglich solche Verpflichtungen zur Bezahlung der schwebenden Schuld. Daher ist auch keinerlei Anleihe aufzulegen, auch nicht für Wiederaufbauzwecke, während der Zinsendienst nicht durch das normale Budget gedeckt werden kann.

Nur eine Atempause.

„Daily News" schreibt, die Besserung des Franken sei nicht zurückzuführen auf eine bemerkenswerte Veränderung in der Politik Poincarés, sondern auf die Unterzeichnung, die Frankreich mit England und aus Amerika versprochen wurde. Frankreich dürfe also jetzt nicht vergessen, daß die zugesagte Anleihe nur als gewissige Hilfsmaßregel gedacht sei und die Notwendigkeit einer Revision der gesamten Nachpolitik weiterhin bestehen bleibe. Die Hilfe, die Frankreich erhalten werde, bezwecke, ihm eine Atempause zu gewähren. Man hoffe, daß während dieses Zeitraumes Frankreich die Zeit seiner Offensive im Ruhrgebiet einsehen werde.

*

Nach Erkundigungen bei hiesigen amerikanischen Kreisen muß man die Meldung mit einem sehr großen Fragezeichen versehen und sich ihr gegenüber sehr skeptisch verhalten. Allerdings fällt auf, daß die in diesen Fragen von amerikanischer Seit als unzuverlässig bezeichnete „New York Times" die schon unterlassenen Gerüchte in gewissen Sinne bestätigt. Man glaubt, daß es sich ähnlich wie bei dem deutschen Währungsversuch seinerzeit um leere Gerüchte, wenn nicht sogar um einen Bluff handelt. Es sind daher weitere Nachrichten zur Klärung der Frage abzuwarten.

Die „Gegenoffensive des Franken".

Paris, 13. 3. (E. U.) Die Blätter reden von einem Umschwung in der Finanzlage. „Petit Parisien" und „Gaulois" begrüßen die Regierung zu den bereits getroffenen und geplanten Abwehrmaßregeln. Gustave Hervé stellt in der „Victoire" fest, daß die Gegenoffensive des Franken erfolgreich fortschreite. Der unermüdliche Widerlacher Poincarés verspricht dem Ministerpräsidenten, seinem Festung gegen jin einzustellen, wenn er die Aktion zu gunsten des Franken beharrlich fortsetzen werde, doch komme es eben darauf an, daß man Ende ausbalten, daß dem Ausland ein für allemal die Lust zu neuen Angriffen auf die französische Währung vergehe. Im übrigen verbehlen die Blätter nicht, daß mit der heutigen Abstimmung zu dem das Schicksal des Franken besiegelt wird.

Das Ministerium des Innern und das Finanzministerium haben eine Zeitung lassen, in der es heißt, daß die Präfekten Frankreichs angewiesen worden seien, gegen den Lebensmittelwucher mit äußerster Strenge zu verfahren.

*

Der Pariser Bankier Antoine Simon, der auch Verwaltungsrat des Credit de France ist, ist unter Zurückstellung eines Defizits von etwa 18 bis 20 Millionen Franken verschwunden. Diesen Publikum sollen fast keine Aktiven gegenüberstehen. Gegen den flüchtigen Bankier ist eine Untersuchung wegen Vertrauensbruchs und Betruges eingeleitet worden.

Rededuell über das Versailler Diktat.

Paris, 13. 3. (E. U.) Der Hauptredner des Versailler Diktats Tardieu und der Radikalsozialist Bouillon haben gestern abend in Stoire vor einem dicht gedrängten Publikum ein Rededuell über das Versailler Diktat ausgefochten. Tardieu hat dabei den kürzeren gezogen. Zuletzt kam es zwischen beiden Abgeordneten zu einem überaus heftigen Streit, an dem sich schließlich die Anwesenden beteiligten, so daß die einzelnen Worte im allgemeinen Tumult verloren gingen. Tardieu rief schließlich Bouillon vorher Erbitterung zu: „Lügner! Ständliches Subjekt!" Bouillon antwortete: „Es steht ihnen nicht einmal mehr das Recht der Beschimpfung zu!"

Das Memelabkommen.

Vertrag zwischen Frankreich, England, Italien, Japan, Litauen.

Genf, 12. 3. (W. T. B.)

Das Memel-Abkommen, über das der Völkerbundsrat gegenwärtig berät, hielt bis dar als Wortlaut vorliegt, folgende Bestimmungen: Frankreich, Italien und Japan einerseits und Litauen andererseits.

In Artikel 1

übertragen die über alliierten Hauptmächte alle ihre durch den Versailler Vertrag ihnen übertragenen Rechte auf das Memelland an Litauen und muß sich in den Anlagen aufgestellten Bedingungen, die einen integrierenden Bestandteil des Vertrags bilden.

Anlage 1

enthält das Statut der Autonomie des Memelgebiets, das die administrative, gerichtliche und finanzielle Einheit unter der Souveränität Litauens bildet. Der Gouverneur des litauischen Memelgebiets ernennt einen Gouverneur für das Memelgebiet. Die exekutive Gewalt liegt bei einem Direktorium, das sich aus fünf Bürgern des Memelgebiets, einschließlich des Gouverneurs, zusammensetzt. Der Präsident des Direktoriums wird vom Gouverneur ernannt, und dieser ernennt feinerseits die vier anderen Mitglieder. Das Direktorium bedarf des Vertrauens der Memeler Kammer. Die gesetzgebende Gewalt liegt in den Grenzen des Statuts bei einer auf Grund des gleichen direkten und geheimen Wahlrechts gewählten Memeler Kammer. Die Gesetze werden durch den litauischen Gouverneur ohnedarüber veröffentlicht und gegengezeichnet durch den Präsidenten des Memeler Direktoriums. Unter die Autonomierechte des Memelgebiets fallen u. a. die Gemeinde- und Kreisverwaltung, Kultus und Unterrichtswesen, Gesundheits- und Armenpflege, soziale Gesetzgebung, die Polizeiwahl mit Ausnahme der litauischen Staatspolizei, die Aufsicht über das Bürgerrecht, Rechtsstaat, Steuern mit Ausnahme der Zölle, Gebühren und Monopole. Die Souveränitätsrechte über das Memelgebiet können nur mit Einwilligung der vertragschließenden Teile an eine andere Macht übertragen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf eine Verletzung des Gesamtabkommens, also auch des Statuts über die Memelautonomie, zu lenken. Meinungsverschiedenheiten über die Vertragsbestimmungen zwischen einer alliierten Macht und der Regierung Litauens können vor Beginn eines Falls vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof gebracht werden, dessen Beschluß erbindlich ist.

Die zweite Anlage

regelt die Hafenorganisation und enthält folgendes: Es wird ein von den Präsidenten der litauischen Republik ernannter Vertreter der litauischen Wirtschaftsinteressen, ein von der Regierung ernannter Vertreter der Handels- und Interessen Memels und ein Sachverständiger des Verkehrsausschusses des Völkerbundes ernannt.

Anlage 3

bestimmt die Einschränkungen des Transitverkehrs auf dem Memelfluß, setzt eine Freizone für den Transitverkehr fest und enthält die Klausel, daß für die Schiffahrt Memel-Tilsit-Ragnit.

Der Vertrag tritt in Kraft nach Ratifizierung durch das litauische Parlament.

Tüchtigkeit zur Memelfrage.

Moskau, 11. 3. (C. U.) Der Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, hat an die in Moskau weilenden vertretenden Mächte eine Note gerichtet, in der gegen jede Lösung der Memelfrage ohne Hinzuziehung des Sowjetbundes Protest erhoben und eine solche für nichtig erklärt wird. In den Plan, Memel hinsichtlich der Memelfrage eine Entscheidung aufzuzwingen, welche die Festsetzung einer Grenze von den Bedürfnissen anderer Mächte abhängig macht, sieht die Sowjetbundesregierung sowohl eine Verletzung ihrer eigenen Interessen, als auch eine Nichtachtung gegen die Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts und der Souveränität und Unabhängigkeit Litauens. Die Regierung des Sowjetbundes warnt ernstlich vor Plänen, welche den Frieden Osteuropas gefährden können. Besonders bei jetzt politischen Grenzfragen weist die Sowjetregierung auf ihre früheren Erklärungen hin, daß laut den Verträgen mit Polen und Litauen die Belegung Memels nur durch ein Uebereinkommen beider beiden genannten Staaten erfolgen kann.

Die Regierung des Freistaates Nicaragua erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, die Bestimmungen des § 18 der Anlage 2 zu § 50,8 des Diktats von Versailles auf das Eigentum der deutschen Staatsangehörigen anzuwenden.

Völkerbundsrat und Korfukonflikt.

Fünf Antworten.

Genf, 12. 3. (W. T. B.)

Der Völkerbundsrat beriet heute abend in geheimer Sitzung über die durch den Korfukonflikt aufgeworfenen Fragen und beschloß, die Antworten der Botschafterrat bei den internationalen Konflikten. Trotz des strengen Geheimnisses, mit dem die Beratungen umgeben waren, verlautet bereits folgendes mitgeteilt werden. Die Debatte galt den Antworten, die der juristische Ausschuß auf die vom Völkerbund vorgelegten fünf Fragen ausgearbeitet hat. Die Antworten lauten folgendes:

1. Die Frage, ob der Völkerbund, wenn er bei einem Streitfall von einem Mitglied des Völkerbundes angerufen wird, gem. Artikel 15 Absatz des Falles sich darüber schlüssig werden muß, ob dieser Fall wirklich auf Grund des Artikels 15 des Paktes zu einem Streit führen kann, wird verneint. Der Rat kann selbst jederzeit den Ernst des Falles prüfen und sein Vorgehen regeln.

2. Wenn eine andere Lösung auf Grund eines Schiedsverfahrens oder Gerichtsverfahrens im Gange ist, hat der Rat die Prüfung des Streitfalles an sich zu ziehen.

3. Andere Ausnahmen für die Zuständigkeit des Rates als die im Pakt Artikel 15 Abs. 8 vorgesehenen sind nicht zulässig, der Rat aber nicht die nächsten Vorbedingungen in den Schiedsverträgen. Es wird hier noch der Wunsch ausgesprochen, daß der Rat mitzuwirken bei Schiedsverträge und regionale Abkommen Aufsicht nehme.

4. Die Frage, ob Rat und Botschafterrat, bei unsicht als Kriegsschlichtungen gedacht sind, mit Artikel 12 und 15 vereinbar sind, wird dahin beantwortet, daß sie dem Sinnbilden und dem Charakter der betreffenden Maßregeln der Rat selbst zu entscheiden habe, ob die Grundmaßregeln beinhalten oder einzuleiten sind.

5. Für auf seinem Gebiet begangene politische Verbrechen trägt ein Staat nur dann die Verantwortung, wenn er nicht die notwendigen Vorbeugungs- und Strafmaßnahmen ergreift. Der öffentliche Charakter des Ausländers und des limitierten Interesses auf dem Staatsgebiet machen jedoch dem betreffenden Staat erhöhte Wachsamkeit zur Pflicht.

Nach einer Meldung gewinnt die Frage jetzt wurde seine Annahme durch den Völkerbund geschlossen, aber den Legionen Mitgliedern das Recht zugesprochen, in der öffentlichen Sitzung Vorbehalte zu machen, die aber endgültig festgesetzt wurde — Erklärungen abzugeben.

China und Japan zur Anerkennung der Sowjetunion bereit.

London, 13. 3. (C. U.) Nach einer Meldung aus Peking hat sich China bereit erklärt, die russische Regierung de jure anzuerkennen, vorausgesetzt, daß Russland seine Forderungen nicht aufrechterhält, wonach China in Schiefe auf Kowloon, Auszahlung London oder Noten der Bank von England, Wer alle Dollars zur Hälfte bringt oder eine andere europäische Währung, Silber, Gold oder Noten bestimmt in Pfunde um. Die Besitzer von Pfundnoten haben an der Umwandlung in Noten der Goldbisschaftbank keine Interesse. Da die Noten der Devisengesetzgebung nicht unterliegen, mit Mark also sonstig, ihrerseits aber jederzeit gegen Auszahlung London einlösbar sind, ist die Devisengesetzgebung durchbrochen. F.S.

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Durch Korrefferendenen und Professoren, ihnen es mehr auf die Schwellgelist als auf die Richtigkeit der Gemeinschaft ankommt, werden jetzt zahlreiche Nachrichten über den Umfang der angekündigten Erhöhung der Beamtenbezüge verbreitet. Wie bestätigen wir gleich an dieser Stelle, daß es sich um eine Grundführung der Beamten führt. Bis jetzt steht nämlich, wie wir auf das bestimmteste feststellen können, noch nichts Endgültiges über den Umfang der Erhöhung fest. Sobald wir Zuverlässiges erfahren, werden wir unverzüglich darüber berichten.

Die deutschvölkischen Reichstagskandidaten.

Die deutschvölkischen Kandidaten für Berlin sind Karl Jahrendorf, Gewerkschaftsführer, Chwatole, Handlungsgehilfe, Wilhelm Kube, Berlin, Bezirksverordneter, Arthur Kneiel, Syndikus, — Spitzenkandidaten für Wahlkreis Potsdam 2 sind: Reinhold Wulle, Dr. phil. Wilhelm v. Pfeffer, Walther, — in Hamburg ist Graf Reventlow Spitzenkandidat.

bd. **Berlin**, 13. 3. (Eigenbericht) Der polnische Bund hat in Zusammen und anderen Gegenden Schlesien die Stimmzettel ab, in denen er befürwortet, daß die Polen eigene Kandidaten zum Reichstag aufstellen sollten, die man aufstellen und unterstützen muß. Polnische Redner aus dem Osten werden die Wahlarbeit unterstützen.

Zur Finanzpolitik.

Der Reichstag hat das Gesetz über die Ausgabe von Silbermünzen gemäß Beschlüsse, die Vorlage nur in einem wichtigen Punkte von der Vorlage ab. In der Vorlage hieß es: die Münzen sollen nur in demselben Maße in den Verkehr gegeben werden, wie sie aus dem Verkehr zurückgezogen werden. Im Gesetz ist das Wort „sollen" durch das Wort „dürfen" ersetzt. Ferner hat die Regierung in der Ausschußberatung die Erklärung abgegeben, daß dem Reichsrat ein monatlicher Bericht über den in der Berichtsgebenen Betrag an Silbermünzen und den Betrag der aus dem Verkehr zurückgezogenen Zahlungsmittel zugeleitet werden soll. Es ist demnach gelungen, die Inflationsgefahr, die durch die Vorlage der Reichsregierung nicht vollkommen gebannt zu sein schien, immerhin definitiv auszuschalten. Das ist begrüßenswert. Eine weitere Frage ist, ob die Ausgabe von 200 Millionen Mark Silbermünzen mit je 500 Teilen Silber und 500 Teilen Kupfer überhaupt notwendig und zweckmäßig war. Ein anderer Grund für die Münzemission als den „Verkehrsbedürfnis" ist die Regierung nicht vorgebracht worden. Ist dieses Verkehrsbedürfnis ein Luxusbedürfnis oder nicht? Es ist das entscheidende Moment, das jedes Ausgabe von Zahlungsmitteln bestimmen, so wurde man zu merkwürdigen Konsequenzen getrieben.

*

Der Entwurf eines Gesetzes über die deutsche Goldbisschaftbank ist im Reichstagsausschuß beraten worden und schon zur Stunde im Plenum verhandelt. Die von der Bank ausgegebenen Noten sollen zu mindestens 50% in Gold oder kurzfristigen Devisen gedeckt sein. Das Gesetz sieht bezeichnenderweise nicht vor, daß die Noten nur gegen Einzahlung von Devisen ausgegeben werden dürfen. Der Reichsbankpräsident hat dem Ausschuß eingehend erklärt, daß die Praxis vorzugsweise so gehandhabt werden soll, und daß es dauernd ankäme, die im Zahlungsverkehr zirkulierenden Devisen durch die neuen Noten zu ersetzen. Im Gesetz sind entsprechende Bestimmungen nicht vorgesehen. In der Begründung heißt es vielmehr, die Noten seien nicht dazu bestimmt, ein zirkulierendes Umlaufsmittel zu werden, sondern sie sollen in erster Linie dem internationalen Verkehr dienen und legale deutsche Zahlungsmittel bei dem Ausland erleichtern. Die Bank kann demnach jederzeit Wechselkredite bis zur Höhe von 5 Millionen Pfund Sterling in ihren eigenen Noten auszahlen. Auch wenn dieser Betrag gering genug ist, um keine ernsten Gefahren herauffuschwören, wäre es wünschenswert, wenn der Entwurf in dieser Form nicht Gesetz werden würde. Die Noten sind jederzeit einlösbar in Gold oder Devisen, Auszahlung London oder Noten der Bank von England. Wer alle Dollars zur Hälfte bringt oder eine andere europäische Währung, Silber, Gold oder Noten bestimmt in Pfunde um. Die Besitzer von Pfundnoten haben an der Umwandlung in Noten der Goldbisschaftbank keine Interesse. Da die Noten der Devisengesetzgebung nicht unterliegen, mit Mark also sonstig, ihrerseits aber jederzeit gegen Auszahlung London einlösbar sind, ist die Devisengesetzgebung durchbrochen. F.S.

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Durch Korrefferendenen und Professoren, ihnen es mehr auf die Schwellgelist als auf die Richtigkeit der Gemeinschaft ankommt, werden jetzt zahlreiche Nachrichten über den Umfang der angekündigten Erhöhung der Beamtenbezüge verbreitet. Wir bestätigen an dieser Stelle, daß es sich um eine Grundführung der Beamten führt. Bis jetzt steht nämlich, wie wir auf das bestimmteste feststellen können, noch nichts Endgültiges über den Umfang der Erhöhung fest. Sobald wir Zuverlässiges erfahren, werden wir unverzüglich darüber berichten.

Die deutschvölkischen Reichstagskandidaten.

Die deutschvölkischen Kandidaten für Berlin sind Karl Jahrendorf, Gewerkschaftsführer, Chwatole, Handlungsgehilfe, Wilhelm Kube, Berlin, Bezirksverordneter, Arthur Kneiel, Syndikus, — Spitzenkandidaten für Wahlkreis Potsdam 2 sind: Reinhold Wulle, Dr. phil. Wilhelm v. Pfeffer, Walther, — in Hamburg ist Graf Reventlow Spitzenkandidat.

bd. **Berlin**, 13. 3. (Eigenbericht) Der polnische Bund hat in Zusammen und anderen Gegenden Schlesien die Stimmzettel ab, in denen er befürwortet, daß die Polen eigene Kandidaten zum Reichstag aufstellen sollten, die man aufstellen und unterstützen muß. Polnische Redner aus dem Osten werden die Wahlarbeit unterstützen.

NEUE UND GEBRAUCHTE
PIANOS PIANOHAUS DES WESTENS FLÜGEL
INHABER OTTO WOLTERSDORF
POTSDAMERSTR. 89 TEL. NOLLDF. 2008

Nur drei Zeilen.

Der Königlich dänische Gesandte Brun Mörke hat sein Beglaubigungsschreiben als Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Der finnische Wehrminister Schnitler ist zurückgetreten. Der Reichstagsabgeordnete Inaraminoff ist zu seinem Nachfolger ernannt worden.

*

In einer Warschauer Militärbehörde wurde der Beamte Minoff verhaftet, weil er geheime Dokumente an den Wendeund einen Attaché der Sowjetrussischen Gesandtschaft übergeben hatte.

Die niederländische Regierung hat 1,5 Flugzeuge, Typ Fokker C IV, in einer Gesamtsumme von 700 000 Gulden für die Flugzeuge und für Niederländisch Indien bestimmt.

*

Die niederländische Regierung hat die Möbel, die der ehemalige deutsche Kronprinz auf Sicilien hatte, an den Kaiser Wilhelm II. geschenkt. Der Gemeinderat hat den Beschluß gefaßt, die Möbel öffentlich zu versteigern.

*

Der amtsmäßige Bundesbeamte gab an Bord der Yacht „Adriana" bei Kopenhagen Most Fine, beschlagnahmten den Damfyer und das Fahrzeug nach Mitgliedern der Besatzung, darunter den Obersteuerm. Die Agenten Morphin und Morphium im Wert von zweimalhunderttausend Dollar verhaftet wurden.

Halstarrigkeit bei Streikverhandlungen.

fg. **Leipzig**, 13. 3. (Eigenbericht) Der Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig erließ eine Erklärung, daß die mit den Metallarbeitern erneut an amtlicher Stelle geführten Verhandlungen abermals ergebnislos blieben, obgleich die Unternehmer die Arbeitsgesetz und dem Lohn weiteres Entgegenkommen gezeigt haben. Der Streik wahrt nun bereits sechs Wochen.

Die Wahlschmerzen der Sozialdemokraten.

Sd. **Dresden**, 13. 3. (Eigenbericht) In einer Rede, die vor der Sächsischen Landtagsfraktion für den Reichstag wahlkreis Dresden-Bautzen abgeliefert wurden, hat die Sächsische Landtagsfraktion für den rechten Flügel der Sozialdemokraten erschienen, die als ersten Namen die letzte Landtagsgegenstand des Wettiner und des Generalstaatsfekretär und jetzigen Regierungsrat Dannebergs aufwirft. Der radikale Arbeiterzeitung" erklärte in der „Dresdener Volkszeitung", daß Stimmzettel mit diesen Namen ungültig sein. Es soll nur über die Liste abgestimmt werden, die ausschließlich radikale Namen trägt.

Sd. **Dresden**, 13. 3. (Eigenbericht) Der sächsischen Arbeiterverein hat in den letzten Monaten einen großen Zuwachs an Mitgliedern aus Arbeiterkreisen erfahren. Das wurde in einer am Donnerstag abgehaltenen Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung Wirtschaftsfragen mit dem Ziel in Chemnitz gegründet werden.

Bürgerschaftssitzung durch Kommunisten gesprengt.

dbm. **Hamburg**, 13. 3. (Eigenbericht) Die Sitzung der Hamburger Bürgerschaft, die die Beratung einer kommunistischen Anfrage über Zer Zahl in Hamburg Rothäfe im Hafenarbeiterstreik abgelehnt hatte, wurde nach zweimaliger Unterbrechung durch das anwesende Publikum, das die Kommunisten gesprengt. Eine Sitzung am Freitag soll sich mit der neuen Geschäftsordnung befassen.

Polnisch-französische Tendenzarbeit.

W. T. B. meldet:

Die polnische und die französische Presse bindne in den letzten Tagen Nachrichten über Polenverhältnissen in Oberschlesien, die ihren Zahlenangaben weit übertreiben sind und offenbarlich eine Irreführung der Oeffentlichkeit bezwecken. Wie wir zuständiger Stelle auf Grund einer Rückfrage erfahren, sind die Zahlen, die man hinsichtlich der Zahl der sämtlichen Verhaftungen und deutsche Reichsangehörige, die bei Ausweisungen aus Polnisch-Oberschlesien stattgefunden haben, sind die Zahlen, die sich zur Aufgabe gemacht hat, das bei Deutschland verbliebenen Teil Oberschlesiens gewaltsam von Deutschland zu trennen.

Die Aufregung, die von nationalistischen Elementen in Polen hervorgerufen wird und die bereits wieder zu der heftigen Deutschenhetze mit Massenkonzentrationen und Repressalienandrohungen geführt hat, ist nach keiner Richtung gerechtfertigt.

Telephongespräche.

Von

Lola Landau.

I.

Die junge Frau legte den Hörer an ihr Ohr, das von den hellen, blühten Haarflechten ganz eingelponnen war. Mit der freien Hand strich sie spielerisch über die Wange des Mannes, der unwillig zurückfuhr.

„Welcher grotesker Einfall, von hier an deinen Mann zu telephonieren. Hange den Hörer an!" Er versuchte, ihr den Hörer zu entwinden. Ihr geschmeidiger Körper schlüpfte durch die festen Bänder des Liebhabers hindurch. Er fing sie wieder ein und preßte ihre Arme zusammen. Aus dem atemlosen Stehen und Ringen wurde eine heftige Liebeskosung. Endlich streckte sie sich lang in dem Sessel aus. „Es bläst ernst. „Erkläre mir, warum willst du das tun?"

Sie nahm wieder den Hörer. „Nur, um ihn ganz sicher zu machen, um ihn irregeführen, mein Liebling, ich glaub, ich bin bei einer Freundin. Von dieser Freundin aus läute ich ihn an."

Ja das Gesicht des Mannes trat etwas Verwirrtes, Hilfloses. „Glaubst du, daß er ahnt?"

„Nichts als gewöhnlicher Argwohn", sagte sie, das Hörerin leicht an die Wange preßend. — „Ich höre keine Schritte, den Korridor herunter. Bum. Bum. Ein richtiges Bärenspielen. Er geht immer, als wolle er jemand auf den Kopf treten." Plötzlich übergoßen sich unwillkürlich die Züge mit der Haut einer gespannten und aufmerksamen Liebenswürdigkeit.

„Guten Tag, Rudolf. Ich bin es, ja, ich. Habe ich dich bei der Arbeit gestört?" Sie brach ab und lauschte. Der Mann neben ihr hörte dumpfes, unverständliches Gemurmel aus einer Ferne kommen. „Er sieht uns", dachte er gequält. „Er sieht alles, er ist anwesend, seine Stimme läuft im Zimmer umher."

Da sprach sie schon weiter. „Ich wollte dir nur sagen, Rudolf, warte nicht auf mich mit dem Abendessen, wenn ich mich etwas verspäten sollte. Mita fängt mich nur nicht fort. Sie ist sehr lieb." Und indessen der Schleier vor ihrem Gesicht zerriß und sie ihre Lippen zu einem boshaften Lächeln spitzte, sagte sie: „Mita ist hier im Zimmer. Sie steht dicht neben mir." Und mit einer raschen Bewegung warf sie ihren Arm wie eine Schlinge um den Hals ihres Liebhabers und zog seinen Kopf dicht zu sich herab. Ihr Körper zitterte vor Lachen, und ohne sich zu mühen, das rötliche Gesichter in sich zu verbergen, lachte sie laut das Telephon hinein. „Mita hat eben etwas Komisches gesagt. Ich werde es dir heute abend sagen. Nein, am Telephon kann ich es nicht sagen."

Plötzlich begann die altertümliche Uhr im Zimmer zu schlagen. Mit tiefen, metallischen Tönen schlug sie sechsmal. Die Frau wurde sehr blaß.

„Wie kannst du behaupten, daß ich nicht bei meiner Freundin bin! Weil du eine Uhr schlagen hörst? Es ist keine fremde Uhr hier. Das ist eine Uhr in der Nebenwohnung. Die Wände sind so dünn. Ich denke nicht daran, nach Hause zu kommen." Sie legte den Hörer hin, um das Gespräch abzubrechen. In einer halben Minute leuteten es wieder. „Da ist er wieder", flüsterte die Frau. „Ich muß nach Hause, ihn beruhigen."

Der Mann war schweigend und finster auf und ab gegangen. Empörung über das häusliche Spiel, ein seltsames Mitempfinden mit dem betrogenen Gatten hatten Furcht und Abscheu vor der Frau in ihm zurückgeschlagen. „Es wird gut sein, wenn wir uns vorläufig nicht sehen", sagte er.

Als er die Tür hinter ihr geschlossen hatte, ging er in sein Zimmer zurück und betrachtete die Uhr mit dankbaren Blicken.

II.

„Bitte, bleiben Sie am Apparat! Die Fernverbindung ist schon hergestellt."

Er lauschte gespannt. Ein hohles Sausen tönte an sein Ohr. Das kreisrunde, schwarze Loch des Fernsprechers schien sich zu einem tiefen, finsteren Tunnel zu öffnen, durch den seine Stimme sich den Weg bahnen mußte, Wellen durchschneidend. Am Ende des Tunnels, wo es wieder Licht wurde, wartete die andere Stimme auf ihn.

„Bist du bei?" Ja?"

Immer noch die schwarzende Leere. Er sah das langgestreckte Haus vor sich, ein Sanatorium im Gebirge, in dem seine junge, lungenkranke Frau Heilung suchte. Seit drei Monaten hatte er sie nicht mehr gesehen. Wohlig tönte seine Stimme da, ganz dicht an seinem Mund, sie streichelte ihn mit ihrer flügelzarten und hellen Weichheit.

„Wie ich froh bin, dich zu hören!"

„Bist du besser, Liebste? Um die starke Luft gut?"

„Mir geht es viel besser", klang es zurück. „Ich bin halb gesund."

„Sagt das der Arzt?"

„Ich komme bald wieder nach Hause."

Plötzlich hörte der Mann ein entsetzliches, kreuzendes Husten, das ihre Worte verschlang. Es klang garnicht wie ein Laut aus demselben Munde, sondern wie das heisere Bellen eines kurzhaarigen Tieres, das sich an ihrer Kehle festgebissen hatte, sie würgte und hin und her schüttelte.

„Dein Husten ist aber noch sehr schlimm", sagte er.

„Nicht, gar nicht — — Sie versuchte vergeblich zu sprechen. Nur der Husten schallte unaufhaltsam, ein dumpfer Wirbel, der in dem Trichter des Fernsprechers tosste. Das einzige, was von ihr zu ihm aus dieser unsäglichen Ferne hinüberdrang, war dieser rätselnde Laut. Er sagte ihm besser als alle ihre streichelnden Worte, daß sie verloren und dem reihenden Tier der Krankheit verfallen war.

„Sie müssen aufhören!" stach plötzlich eine zwitze Stimme dazwischen.

„Schone dich!" schrie er. Nur Husten antwortete ihm.

Und indem fam wieder das leere Sausen. Die Entfernung, die zusammengeschrumpft war, sprang auseinander. Und das Sausen war hohl, wie der einsteile Wind des Todes.

*

Leo Blechs Rücktritt vom Deutschen Opernhaus. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat der Leo Blech, der Generalmusikdirektor und Operndirektor des Deutschen Opernhauses, am gestrigen Tage sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Damit ist zur Tatsache geworden, was Eingeweihte schon seit mehreren Tagen befürchteten: Leo Blech, dem offenbar nicht die umfassenden Kompetenzen zugestanden waren, die ein Künstler seines hohen Ranges fordern darf, und die ihm auch vertraglich zugesichert waren, ist in so schwere künstlerische Differenzen mit gewissen Gruppen des Aufsichtsrats geraten, daß er gezlaubt hat, nicht länger die künstlerische Verantwortung für das Institut tragen zu können. Leo Blech ist im Interesse des Berliner Musiklebens aufs dringendste zu bitten und zu wünschen, daß von Seiten der Intendanz des Opernhauses alle nur irgend möglichen Anstrengungen gemacht werden, die unerfreuliche Kraft Leo Blechs im Institute zu erhalten. Was ausfällt bei jetzt dem Dirigenten und mit dem Ensemble des Charlottenburger Opernhauses geleistet hat, das ist hier beispiellos. Mit seinem Weggange würde das Opernhaus den einzigen Halt verlieren, den es jetzt noch gehabt hat, und damit auch seine Zukunft.

ehr.

Rudolf Hildebrands hundertster Geburtstag. Der hundertste Geburtstag des Leipziger Germanisten Rudolf Hildebrand (geb. 13. März 1824) senkt die Aufmerksamkeit auf die Forschrifte und die Bemühungen der Deutschtunde, die sich seit dem Tode des Gelehrten (Hildebrand starb Kinzkurde 1922) lebt Rudolf Hildebrands lebendiger Sprachgefühl und seine einsichtsvolle und hoch wissenschaftliche Grenzen und Sprachverhältnis weiter. Ueberall werden hier, sehr im Sinne modernen Punktionsunterrichts, die Dinge hervorgehoben, „um denen das Tote leicht lebendig werden kann, das Fahle und Kahle farbig und schmackhaft — wobei der Lehrer die Leitung nur der deutschen Sprachwissenschaft gefolgt hat."

Um das Weimarer Bauhaus, die Schöpfung von Walter Gropius, ist ein neuer Kampf entbrannt. In der Berliner Gesellschaft — die Weimarer Presse forbert zum Teil kaserbaud die Auflösung des Bauhauses — werden alle die Stimmen wieder laut, die sich bei Gelegenheit der Gründung gegen die Leitung der Lehrer und die Ziele des Unterrichts protestierten. Wie besonderen Zusammen verweist die Krit

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 13. März 1924.

Berliner Naturschutzgebiet.

Der Schloßpark von Groß-Lichterfelde.

Die beteiligten preußischen Ministerien, das Auswärtige und Landwirtschaftsministerium, betreten den Naturschutzgedanken. Es ist zu hoffen, daß die sicher den Interessen der Volksgesundheit, die die Anlage der Gartenstädten, hochgespannte Nutzung der Böden, die Ausbreitung der Siedlungsbestrebungen und der Naturbetrachtsuchenden bei allen Teile betreffenden Anspruch zu schaffen.

Deutschland hat die Naturschutzbewegung, die in Berlin in der „Deutschen Gesellschaft" organisiert ist, und dort in dem Berühmten Obst-Mat Gerwerk und auch sonst seinen Sitz in dem ersten Leiter der Stelle. Dr. Walter Schoenichen ihren Namen hat, einen starken Beschützer zu verschaffen. Dann in den letzten drei Jahren war nach Anregung des § 34 des Feld- und Forstgesetzes der Erlaß von Ausführungsregeln für geschützmäßige, nicht blühende nützliche Tierarten und Pflanzen sowie für Naturschutzgebiete möglich.

Von diesen neuen Naturschutzgebieten liegt eines unmittelbar den Berlin: der der Kehlter umfassende Dittel des in Privatbesitz befindlichen Schloßparkes Groß-Lichterfelde. Es ist der letzte Rest des alten Bäckerfeldes, eines Wäldes, der durch die Anlage des Teltowkanals verwüstet wurde. Der Bäckerfelder Schloßpark ist noch heute das Bild des typischen Mittelwaldes, der ehedem das Bäckerfeld gleiche, so wie und die Heimat Seidel in seinen Schilderungen des Bäckerfeldes geschildert hat. An den stattlichen Stämmen der Eiche und Pappel rankt sich der Efeu empor; dichte Gebüsche von Hartriegel, Faulbaum und Geißblatt bilden das Unterholz. Gleitanten von Hopfen schlingen sich von Zweig zu Zweig. Die freie Wiesen- und Gartenfläche ist mit Frühlingsblumen, Alles atmet eine Naturschönheit und Frühlingsfrische, die in so unmittelbarer Nähe der Großstadt für das Auge erfreut wohltuend wirkt und Unterricht und Fortbildung doppelt wertvoll ist.

Von dem großen Landschaften, heißen naturgeschützt Wild ist im weiteren Umkreise geschlagen ist, haben abenan. Das Sieben-Gebirge mit den angrenzenden Waldungen, rund 40 Quadratkilometer, vom Kern, etwa 7 Quadratkilometer, schon vor Jahrzehnten von dem Bergbesitzer Kerten angekauft und der Steinbruchbetrieb ist geschlossen worden, und von jetzt bis heute bestehen Bestimmungen von Verordnungen z. B. gegen Radfahren, Reitwilly, zugestimmt haben, gleich Kreisen des Rheinischen Provinzialrates, Landschaftsbild und Ausflugsziel. Dann die Lüneburger Heide, deren Gesamtfläche sich vielleicht verfünfzehnfachen, etwa 7 Quadratkilometer, schon der typische Heidelandschaft gegeben ist, ich möchte hierzu werden lohnender gestaltet, wenn die Gemeinden Fonnar gestatten, daß sie ihre

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Deutscher Industrie- und Handelstag.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag nimmt anlässlich seiner augenblicklich stattfindenden Vollversammlung in folgenden Ausführungen Stellung zu der schwierigen Lage von Handel und Industrie:

Handel und Industrie Deutschlands sind auf tiefste davon durchdrungen, dass zur Aufrechterhaltung des Deutschen Reiches und seiner politischen und Wirtschaftsleben in der jetzigen schweren Uebergangszeit die grösten Opfer gebracht werden müssen. Die Gesamtheit dieser Opfer, dass unsere stark geschwächte Wirtschaft diese Opfer vorläufig zum erheblichen Teile aus der Substanz trägt, in der jetzigen Form und den jetzigen Umfang nur noch kurze Zeit tragen kann. Diese Opfer werden nur dann dem Wiederaufbau Deutschlands und Europas nutzen, wenn eine schleunige Verständigung über die von Deutschland zu übernehmenden Kriegslasten erfolgt, wenn uns einige Jahre Zeit gelassen werden, um unsere Wirtschaft auf eine solche Leistungsfähigkeit und diese vom ganzen Reich als neuem von politischer Bedrückung freien, einheitlichen Wirtschaftsgebiet geleistet werden kann. Die Beseitigung der Stabilisierungs- und Kreditfrisis und der Krisis, die aus einer übermässig premunkenen Kaufkraft der Bevölkerung entsprungt, ist die Voraussetzung zum Wiederaufbau, in der mit aller Kraft durchzuführenden Aufrechterhaltung des Reichsbahnbetriebs und der Währung, wie an der notwendigen nötigen Reichsaufsicht über die Wirtschaft. Und diese ist ihrerseits unbedingt notwendig von der Sicherheit für Person und Eigentum, einem starken Reichsbahn gerichtet den Beschränken und der von jedem staatlichen Zwangseinflusse freien Entfaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Inland und mit dem Ausland. Eine organische Steuern- ordn und eine nach wirtschaftlichen Bedingungen einzuteilende Frachtartpäische der Eisenbahn und die Besetzung der Preisrechnerei und Wirtschaftsgebiete sind die nächstwichtigen innerpolitischen Aufgaben. Die Verbelastung, die die deutsche Wirtschaft in der nächsten Zeit im Interessenkampf des Weltmarkt in Form der Kriegsentschädigung zu tragen hat, wird nur durch eine solche Ausnutzung einer vollendet arbeitenden Wirtschaftsapparates weitgemacht werden, der nur dann die nötigen Ausfuhrmengen bereitstellen kann, wenn die tatsächliche Aussenhandelspolitik dem internationalen Verkehr die frühere Freiheit und Sicherheit wiedergibt, wenn der Inlandsmarkt, insbesondere die Landtätigkeit, kräftig entwickelt, der Nachwuchs guter Facharbeiter durch freiwillige Werkschulen ermöglichen gestiegen und die Verbraucherkraft der Bevölkerung gestärkt wird.

Handel und Industrie erklären, dass die deutsche Wirtschaft nicht erholen kann, wenn das westdeutsche besetzte Gebiet, für dessen schweres Geschick sie das grösste Mitgefühl haben, weiterhin mit Waffengewalt bedroht, durch eine Zollgrenze gegen das unbesetzte Gebiet abgesperrt, mit Privatverträgen über unabsehbare Kriegslasten überbürdet wird und wenn seine Bisenbahnen und seine Schiffahrt von diesem einheitlichen Verkehrsorganismus des Reiches losgelöst ist, und leistungsunfähig bleibt.

Die gewaltigen wirtschaftlichen Leistungen, von denen unsere Zukunft abhängt, kann nur ein einheitlich denkendes und handelndes Volk und nur eine Wirtschaft hervorbringen, in der sich die einzelnen Erwerbsstände solidarisch fühlen und sich gegenseitig nach jeder Richtung helfen. Die Verkehrs- und Verkehrsbedingungen der einzelnen Unternehmungen, der Verbände, Kartelle und Banken müssen mit grössten Entgegenkommen auf diesen Ziel eingestellt werden. Unternehmer und Arbeiter müssen eng zusammen arbeiten, um die grösste Steigerung der Produktion zu erzielen, möglichst niedrige Preise und der Arbeiterschaft für die Arbeitsleistung genügende und die Qualifikation der Arbeiter langgepaste Löhne zu sichern.

*

In der Versammlung vom 13. d. M. sprach zunächst Geh. Komerzienrat Schmidt, Präsident der Handelskammer Leipzig, über

Währungspolitische Fragen.

Der Redner stellte die gegensätzlichen Wirkungen der Rentenmark fest und begründete die Errichtung der Goldidiskontbank als ein vorläufiliches Mittel, die in Form ausländischer Zahlungsmittel angeammelten Werte den allgemeinen Kredit wieder nutzbar zu machen. — In der Diskussion äusserte sich Exz. v. Gisenapp ausführlich über die deutsche Währungsfrage. Das Steigen des Goldwerts der deutschen Umlaufsmittel sei unbedenklich. Der Wert des Friedensmarks als Zahlungsmittel sei 6 Milliarden Mark gewesen. Der Wert der Umlaufsmittel in der Gegenwart sei 5,6 Milliarden Mark. Wenn man die Verkehrsmittel des deutschen Wirtschaftsgebiets und die geringere Produktivität der Wirtschaft mit 60% der den 90% des Friedens gegenüberstelle, so bleibe doch noch eine Spanne von 1 Milliarde Mark, um deren Betrag der relative Wert der jetzigen Umlaufsmittel unter ihrem Vorkriegswerte liege. Die Emission von silberneinen Ingenieure der Reichsbank, die der Bildung von Notgeld und Goldanleihe dienen würde, was einen erheblichen Vorteil für unsere gesamte Währungsverhältnisse bedeuten würde. — In der dann angenommenen Entschlessung heisst es: Wenn der Deutsche Industrie- und Handelstag für die neue Bank ein noch grösseres Kapital gewünscht hätte, so sieht er doch ein, dass unter den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen ein Mehr in dieser Beziehung nicht zu erreichen war. In der engen Begrenzung der Notenausgabe erblickt der Deutsche Industrie- und Handelstag eine Sicherung gegen inflationäre Wirkungen. Er hält unter den vorliegenden Umständen die im Gesetzentwurf vorgesehene Verlagerung der neuen Bank für richtig und empfiehlt die Aufrechthaltung Unterscheidung der Goldiskontbank in der Ueberzeugung, dass hier er, Wer gegen ist zur Milderung der berechtigten Handel und Verkehr lähmenden Kreditnot, zur Steigerung des Beschäftigungsgrades von Industrie und Gewerbe und zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

Danach sprach Geh. Kommerzienrat Dr. Konrad von Borsig, Vizepräsident der Handelskammer Berlin, über

Lage der Industrie.

Herr Geheimrat von Borsig betrachtete in einem Bericht über die Lage der Industrie zunächst die verschiedenen Zahlen der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und stellte fest, dass diese naturgemässe Erscheinung einer Stabilisierungskrise nur einen Zeitraum von einigen Wochen dauern könne, als versteckte Arbeitslosigkeit schon längst vorhanden war und nur wegen der übersteigen Lagen Arbeitsverhältnisse der Dauer Schwachungsverzögerung in dem ungeeignetsten Zeitpunkt plötzlich akut wurde. Er erinnerte daran, dass die Unternehmer jahrelang vergeblich vor dem Eintritt solcher Verhältnisse gewarnt haben, so dass schliesslich noch dem Niederbruch des Ruhrkampfes nichts übrig blieb, als gewaltsam eine Steigerung der Produktion durchzuführen. Die Unternehmer können aber die Verantwortung hierfür ruhig auf sich nehmen, da unter diesen von Ausnahmen Arbeitslosen sind und von den Banken ist, dass der Widerstand der Arbeiter gegen diese Massnahmen falsch war. Zugleich aber betonte Herr von Borsig mit allem Ernst, dass die Gemeinschaftsarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern aufgenommen werden und die Unternehmerseite jeder über das ökonomische Ziel hinausgehenden Handlung widerstreben müsse. Herr von Borsig wies ferner in sehr interessanter Weise auf die Notwendigkeit hin, in der durch schwere innere und aussenpolitischen Leistungen besonders bedenklich verbelasteten deutschen Wirtschaft eine unerbittliche Schnelle und umfangreiche Rationalisierung des deutschen Betriebsapparates trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten, z. B. der Kreditnot, durchzuführen. Herr von Borsig liess weiter keinen Zweifel darüber, dass die jetzigen Steuern, die nur aus der Substanz gezahlt werden können, über eine kurze Zeitdauer nicht ragbar sind, so wenig wie man die deutsche Wirtschaft auf die Dauer auf ausländische Kredite aufbauen kann, die zurzeit eine Existenzfrage für uns sind. Mit grosser Nachdruck wies Herr von Borsig auf die ausschlaggebende Bedeutung des Inlandsmarktes auch für die Möglichkeit einer grossen Ausfuhr hin, oder mit anderen Worten, auf die Notwendigkeit, die Kaufkraft der Bevölkerung zu steigern und allen Verfassungen geeignete Mittel zum Lebensunterhalt zu schaffen. Herr von Borsig erklärte, die Unternehmerseite jede Mahnung an die Reichsregierung, die Gesetzgebung von unnötigen Eingriffen in die Wirtschaft frei zu halten, und mit der Versicherung, dass es der deutsche Unternehmer nicht daran fehlen lassen werde, an Wiederaufbau mitzuarbeiten.

Weiter sprach Herr F. H. Witthoeft, Präsident der Handelskamer zu Hamburg, über

die Wirtschaftslage des Grosshandels und der Schiffahrt.

An den Beginn seiner Ausführungen stellte Präsident Witthoeft den Satz: „Die gegenwärtige Lage von Handel und Schiffahrt Deutschlands lässt sich nur im Rahmen einer Weltwirtschaft verstehen, auf der noch mit aller Wucht die Wirkungen des Diktats von Versailles und seine Folgeerscheinungen lasten." An Hand reichen statistischen Materials zeigt der Redner über die Entwicklung des deutschen Aussenhandels im einzelnen und wies darauf hin, dass es noch nicht feststehe, ob die deutsche Handelsbilanz aktiv oder passiv sei und ob sich in jedem Falle die Aktivität durch Substanzverzehre erkauft werde. Jedenfalls sei die Tatsache, dass Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern für seine Ausfuhr prozentual weniger erlöst habe, als es für seine Einfuhr zahlen muss. Erfreulich habe sich die Sachlieferungen in den deutschen Schalen entwickelt. Er habe annähernd wieder den Vorkriegsstand erreicht, während die Geldzahlungen hierfür unverhältnismässig hoch seien. Mit dem Jahre 1923 bedeutend geringer gewesen sei als 1913. Bei einem Bestand von 1759 Seeschiffen mit 2,5 Millionen Brutto-Register-Tonnen weise die deutsche Flotte gegen 1914 immer noch einen Rauminhalt von 61 % auf. Der Redner beschäftigt hierauf folgende aussenpolitische Forderungen zur Hebung des deutschen Aussenhandels: Beseitigung einer einseitigen Meistbegünstigung gegen Deutschland, namentlich Wegfall des provisorischen Zolltarifes, mit welchem Frankreich das besseren Gebiete von deutschen Materials abschnürt. — Abschluss weiterer Handelsverträge auf Grundlage unbedingter Meistbegünstigung und möglichster Erleichterung des Warenaustausches. Beseitigung der Valutaschäfte in Spanien, Aufhebung der Kontrolle in der Schweiz. — Energischer Kampf gegen alle Ursachen einer neuen Inflation. — Keine Gefährdung des kaufmännischen Kredits durch Eingriffe in die Substanz der Wirtschaft.

Abstand sprach Herr Geh. Legationsrat Frisch (Dresdner Bank, Berlin, über

die deutsche Bankwirtschaft im Jahre 1923/24.

Frisch beklagte die kapitalverzehrenden Wirkungen des Währungszusammenbruchs. Er hatte zur Folge, dass die den Banken zur Verfügung stehenden Kapitalien einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreichten. Die Einführung wertbeständiger Kunden hätten über den Banken angesichts der allgemeinen Kapitalnot keine grösseren Leistungen ermöglichen können. Durch jene vorzeitige Durchorganisation des ganzen Geld- und Zahlungsverkehrs mit der Goldrechnung könnten zwar die Gefahr Wahrgemacht werden in der Zukunft nach Möglichkeit coupiert werden können, aber die Verwaltungskosten hierfür seien immer noch nicht besser geworden als zur Zeit der Währungsdrosis. Noch immer fehlt nämlich die unbedingte Zeichnung der Nichtgrossbanken und Rentenmark sei die Einführung der Goldklauser auch für Einlagen nur dadurch möglich geworden, dass derartige Depositen nicht unter 14 Tagen genommen werden, in dieser Zeit aber Weiterverwendung des Geldes erfolgen kann. Die Wertbeständigkeitspolitik der Reichsbank und der Banken sieht leisten Endes überhaupt darauf hin, die Währung, nicht aber allein sondern auch Währungsverfall zu schützen. Trotz der ungeheuer hohen Umsatzziffern Zahlen sind sie von den Banken im Jahre 1923 gemachten Umsätze in Gold relativ gering gewesen. Die Wirtschaft hat es den Banken nicht gedankt, dass die grosse Leistung dieser Banken im Interesse der Wirtschaft aufrechterhalten zu helfen. Die Ursachen hierfür seien die willkürlichen Eingriffe der Kunden. Zudem hat man sie noch des Wuchers beschuldigt. Die Konditionspolitik der Banken in vergangenen Wirtschaftsjahr sei nur eine Politik der Substanz-Sicherung gewesen, die ihr Ziel dennoch nicht erreicht habe. Trotz Gewinnung neuer Kundschaft, trotzdem der Geldmarkt noch immer erst. Einem überkapitalisierten Produktionsapparat steht unser ordentliche Kapitalasmut gegenüber. Die Bestrebungen, ausländisches Kapital heranzuziehen, waren auch von den Banken lebhaft gefördert. Zur Steigerung der Kredite und zur Hebung des Sparsinns der Bevölkerung muss kommen, dass die Zerrissenheit des deutschen Wirtschaftsgebiets aufhört, und dass diejenigen Steuern erniedrigt und verschoben werden, welche Produktion, Verkehr und Umsatz — wie die Börsensteuer — besonders hart treffen.

Die Lage des Einzelhandels

schilderte Herr von Norden, Vorstandsmitglied der Handelskammer Kölln.

Herr von Norden verbreitete sich über die Lage des Einzelhandels, der als letzter Gewerbe alle Lasten auf sich nehmen müsse, die die Industrie und der Grosshandel weitergabe und alle Beschwerden, die die Verbraucher über die Verteuerung seit Wuns und die Warenpreise erheben. Nach wie vor müsse man endlich nach Festigung einer Zwischenwährung die Beseitigung der Sondergesetzgebung verlangt werden, die über Preisrebeurd und Wucher ausgelassen ist, und unter der Einzelhandel fast ausschliesslich zu leiden habe. Dem Einzelhandels die Schilderung über die Lage des Einzelhandels im besetzten Gebiet aus, der unter stärksten Preisdruck seitens der Besatzungsbehörden gehalten werde, obwohl er grösserer Lasten als das unbesetzte Gebiet zu tragen habe. Der Redner wünschte eine positive Unterstützung des Einzelhandels des besetzten Gebiets durch Industrie und Grosshandel des unbesetzten Gebiets.

Englands Koh'enausfuhr 1923 nach den Bestimmungsländern.

Von englischer amtlicher Seite sind folgende Vergleichszahlen der englischen Kohlenausfuhr für die Jahre 1913 und 1923 bekanntgegeben worden:

Ausfuhr nach:	1913 (in tons)	1923
Frankreich	12 773 908	18 826 552
Italien	9 647 161	7 592 735
Deutschland	8 862 238	14 806 252
Holland	5 994 484	6 276 266
Schweden	4 563 076	3 168 367
Argentinien	5 066 572	2 461 071
Brasilien	2 868 871	1 151 629
Uruguay	733 933	404 991
Spanien	2 554 131	1 145 801
Aegypten	3 162 477	1 096 654
Dänemark	3 054 230	3 170 269
Norwegen	2 296 345	1 609 778
Belgien	2 261 077	6 504 592
Niederlande	2 014 490	6 794 846
Portugal	1 281 721	756 919
Algier	1 281 661	1 060 189
Russland (einschl. Ungarn)	1 686 634	—

Bei den deutschen und russischen Empfangsmengen für 1923 sind 1 005 440 t Kohle, die nach Deutschland aus den ehemals deutschen und russischen Gebietsteilen Finnland, Lettland, Litauen, Estland, Polen und Danzig geliefert werden, abgezogen worden. Im ehemals deutschen Gebiet ist die englische Kohlenausfuhr 1923 79 419 678 t betragen gegen 73 400 118 t im Jahre 1913. Wenn auch England auf dem mitteleuropäischen Marktgebiet im Jahre 1923 infolge der Ruhrbesetzung besonders gut abgeschnitten hat und infolgedessen sogar eine Ueberschreitung der Ausfuhrmenge des Jahres 1913 verbuchen kann, so haben doch die Ausführungen nach Ueberse sowie nach Italien, Spanien und Portugal die Ziffern der Vorkriegszeit bei weitem nicht erreicht.

Beteiligung der privaten Banken an der Deutschen Goldiskontbank. In der Reichsbank fanden gestern Besprechungen mit der Bankwelt statt über die Beteiligung der Deutschen Goldiskontbank. Seitens der Grossbanken ist vorgeschlagen worden, die Beteiligung in gleicher Weise zu regeln wie bei der Bank für Deutsche Industrie. Dollarschatzanweisungen, an der sich die deutsche Bankwelt in weitgehenden Masse beteiligt, die Berliner Stempelvereinigung würde auf Grund dieser Quote mit 52 bis 56 % der Garantsumme beteiligt sein, die sich Dagegen auf 5 Mill. Pfund belaufen. Mit den Grossbanken ist eine prinzipielle Einigung auf dieser Grundlage bereits erzielt, ihre Beteiligung ist noch davon abhängig, dass auch der Rest gezeichnet wird. Aus der Reichsbank verlautet, dass die Beteiligung der Bankwelt erhöhlich ist und der Stand der Beteiligung aus gut bezeichnet werden könne. Es wird dann ein Konsortium gebildet werden, das die Anteile übernimmt. Ueber die Beteiligung der Industrie, Handel und Landwirtschaft sind Verhandlungen noch im Gange.

Neue Richtpreise für Dachpappe und Isolierpappe. Der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten hat am 6. März d. J. die folgenden neuen Richtpreise beschlossen für Dachpappe mit 36er, 40er, 50er, 200er Rohppapperlage: 0,60, 0,50, 0,35, 0,28 Goldmark f. d. qm, für Isolierpappe mit 36er, 40er, 125er Rohppapperlage 1,10, 0,86, 0,56 Goldmark f. d. qm.

Berliner Börse.

13. 3.

Freundlich.

Die Stützungsaktion des Franken gibt der französischen Franken gibt der Spekulation Anlass, am Effektenmarkt Deckungen und Engagements zu tätigen. Weiterhin wird zugenommen. Da auch der Geldmarkt leicht bleibt und die erwarteten Kündigungen Kurzfristiger Kredite ausgeblieben sind, konnte die Befestigung, die gestern eingesetzt hatte, fortdauern. Die ersten 1 % zu 12,30 durchwegs Besserungen. Aber das Geschäft liess schnell nach, so dass bei geringfügigen Umsätzen die Preise etwas nachgaben. Der Schluss der Reichstags und die bevorstehenden Neuwahlen sowie die Ungewissheit über die Gestaltung der auswärtigen Politik mahnen zur Zurückhaltung und stehen einer regen Entwickelung des Geschäfts im Wege.

Am Montanmarkt nehmen die Deckungen der Spekulation ihren Fortgang. Besonders gut waren Gelsenkirchener auf die Meldung über das Anblasen eines dritten Hochofens auf dem Werk Vulkan bei Duisburg; der Kurs stieg um 2½ auf 50. Nicht ohne Einfluss auf die Stimmung am Montanmarkt blieb auch der schon erwähnte Rückgang des Franken, der Hoffnungen auf Auftrag hinglibt, dass hierdurch ein Dumping vermieden wird. Als fest sind noch zu nennen Deutsch-Luxemburg 52½, Phönix 57½. Im Werk 49, Phoenix 57½. Fester waren sodann Kaliwerte, chemische Papiere und Elektro-Werte. Die Lage der Kaliwerte ist ungeklärt. Im Gegensatz hierzu ist das Geschäft in Chemie Papieren und Elektro-Werten sehr lebhaft und die Kurse weiter gestiegen. Elektrische Hochbahn stiegen auf 44,9. Heimische Anleihen gingen leicht höher um. Auch fremde Renten waren meist fester.

Im weiteren Verlauf war die Börse still bei meist vorherrschenden Kursen.

Am Einheitsmarkt überwogen heute Kaufaufträge bei weitem. Das Geschäft war etwas lebhafter. Es gewannen u. a. fin Bill. Prozente Reichrach Brauknohle 8, Stralsunder Spielkarten 6, Frankfurter Zucker, Baxar Gemeschnitte je 2, Girmes 1½, nichtgewinn. Gewinne 2; Deutsch-Niederländische Telegrapen 3, Howaldtswerke 1.

Am Markt der nicht notierten Werte ist die Tendenz etwas lebhafter, die Tendenz freundlicher. Bevorzugt wurden Petroleumwerte im Anschluss an die Steigerung von Deutsche Erdöl. Die Kurse zeigten vielfach Besserungen. Tarifkuxe waren unverändert, Valutawerte sehr ruhig. Rheinbraunkohle 100 auf 8000 M. 8 Stammaktien Wagggonfabrik E. Steinfurth A.-G., Königsberg i. Pr.

Erhöhung der Börsensteuer auch in Oesterreich. Wie die Wiener Börse meldet, wurde am 12. d. m. der Börsen-Gesetzbestimmung des Finanzministers veröffentlicht, wonach die Effektenumsatzsteuer rückwirkend vom 12. März mit gewissen Ausnahmen im allgemeinen auf das Doppelte erhöht wird.

Deutsche Erdöl A.-G., Berlin. Wie wir von unserlicher Stelle erfahren, ist eine Tochtergesellschaft der deutschen Erdöl-A.-G. im Gebiet von Celle (Hannover) mit einer in Deutschland bisher unerreichten Oelproduktion in Betrieb gekommen. Die Gesellschaft hat die Produktion der Sonde stark gedrosselt ist und nicht in vollem Umfang ausnutzen kann. Dagegen wird unter grossem Druck des mitunterzeichnen Gases weit über das obere Ende der der Bohrung umfassen. Die Gesellschaft hat bisher 1 Million Goldmark und hat in den zwei Tagen, seitdem die Sonde produziert, bereits im Betrage von 1 Million Mark aufgewerfenen Standämme gebildet. Die Bedeutung des Fundes wird ersichtlich, wenn man sich klar macht, dass die Produktion der Sonde bisher ganz grösser ist als die gesamte übrige deutsche Produktion, und dass bei der Natur des Fundes Verbesserungen zu erwarten sind. Das Oel stammt aus der erbohrten Tiefe von 1 000 Metern. Die Bedeutung dieser Produktion nicht gewonnen wurde. Für die Deutsche Erdöl-A.-G. bedeutet die Erschliessung des Lagers eine wesentliche Stärkung ihrer Position.

Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt vorm. Roessler, Frankfurt a. M. Die Gesellschaft, über deren Abschluss wir bereits berichteten, wies den Gewinn- und Verlustbericht für 1922/23 auf die ungeheuerliche und unbegreifliche Entwertung der Mark hin, die es nicht gestattete, aus dem in Papiermark aufgestellten Abschluss per 30. 9. 23 eine Uebersicht über den Vermögens- und Ertragsstand der Gesellschaft zu gewinnen. Aus diesem Grunde kommt auch eine Gewinnausschüttung (U. W. 20 %) nicht in Frage. Die Gesellschaft ging sehr stark unter der Ruhrbesetzung und den damit in Verbindung stehenden Verkehrsschwierigkeiten und Betriebsstörungen. Es bestreift besonders die Metallabteilung, die während des grössten Teiles des abgelaufenen Geschäftsjahres stillgelegt werden mussten. Die Scheidanstalt arbeitet allerdings wieder, die Fabrikate der Gesellschaft erfreuen sich zurzeit wenig erfreulich doch glaubt die Gesellschaft, dass die Wiederaufnahme der Arbeit in der für ihr Absatzgebiet besonders wichtigen Schwerindustrie eine Belebung des Bierverbrauchs zur Folge haben wird.

Schweizerische Bankgesellschaft in Winterthur. Der Geschäftsbericht für 1923 weist auf die deutlichen Ansätze zur Besserung in der Wirtschaftslage in der Schweiz hin. Die verschiedenen Zweigen zeigte, so namentlich im Bauwesen, der Metallindustrie und dem Verkehrswesen ein allgemein ungünstiges Bild. Die Wirtschaftslage immer noch mit grossen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen. Das höhere Lebensniveau der Schweiz und die Verlängerung der Arbeitszeit in einigen grossen Nachbarländern erschwerten die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Industrie gegenüber dem internationalen Markt. Eine Verbesserung der Produktionsbedingungen durch grössere Elastizität in der Normierung der Arbeitszeit und durch eine Ermässigung der zu hohen Steuerlasten werde am dringendsten Notwendig. Die Bilanzsumme stieg von 500 auf 541 Mill. Fr. Auch der Umsatz verzeichnet eine Zunahme um 4,5 auf 29,21 Milliarden Fr. Der Abschluss ergab Erträge aus Wechseln von 6,14 (i. V. 7,32) Mill. Fr., aus Kommissionen von 5,77 (5,64) Mill. Fr. und aus Zinsen von 18,28 (19,29) Mill. Fr. Aus dem Ueberschuss, der einschl. Vortrag 5,36 (5,19) Mill. Fr. beträgt, wird eine Dividende von 7% (wie i. V.) vorgeschlagen.

Aktienkurse der fortlaufend notierten Papiere der Berliner Börse vom **13. März.**

inländische notierte Werte			
Dell. Schafe.			
Dt. Reichsanl.			
4% Dt. Pr.			
4% Dt. Pr.			
4% Dt. Reichsanl.			
3% Dt. Pr.	75	75	
3% do.			
3% do.			
3% do.			
7 15			
5% do. 1. 13.			
5% do. 1. 5. 22.			
5% do. 1. 5. 23.			
5% do. 1. 5. 24.			
3% Dt. Schatz.			
3% do.			
3% do.			
3% do